

Prof. Dr. Wilfried Loth

Deutschland in der Weltpolitik 1945–1961

Kurseinheit 3:
Die Verstetigung der Provisorien

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhalt (Kurseinheit 3)

7. Das Wirtschaftswunderland	1
7.1. Prekäre Anfänge	3
7.2. Korea-Boom und erste Maßnahmen	6
7.3. Aufschwung und Integration	10
7.4. Qualitativer Modernisierungsschub	13
7.5. Abschied von Adenauer	17
7.6. Fazit	19
8. Sozialismus in einem halben Land	20
8.1. Zaghafte Entstalinisierung	20
8.2. Ulbrichts Reaktion	23
8.3. Forcierte Kollektivierung	26
8.4. Der Entschluss zum Mauerbau	30
9. Die Verfestigung der Zwei-Staaten-Lösung 1955-1961	34
9.1. Die Regelung der Saar-Frage	35
9.2. EWG und EURATOM	37
9.3. Wiedervereinigungspläne und Atombewaffnung	40
9.4. Berlin-Krise und Mauerbau	47

Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei!

7. Das Wirtschaftswunderland

Dass sich die Bundesbürger nach 1949 nicht mehr auf eine gesamtdeutsche Alternative einließen, ist nicht nur auf die historisch tief verwurzelte, von der nationalsozialistischen Propaganda gefestigte und durch das Erleben sowjetischer Praxis seit 1945 vielfach verstärkte Furcht vor den Kommunisten zurückzuführen. Mindestens ebenso wichtig waren die Erfolge beim wirtschaftlichen Wiederaufbau, die bald zu einer Wohlstandsmehrung in bislang ungekanntem Ausmaß führten. Sie entschärfte zahlreiche Krisenpotentiale der westdeutschen Gesellschaft und erleichterte damit den Prozess der inneren Demokratiegründung, der dem von außen verordneten Schritt zur Gründung eines westdeutschen Staates ja erst noch folgen musste.

Die Auffassungen über den Charakter dieser inneren Demokratiegründung gehen seit jeher auseinander. Bereits 1950 hat Walter Dirks in einem Aufsatz in den „Frankfurter Heften“ vom „restaurativen Charakter der Epoche“ gesprochen. Davon überzeugt, dass die Katastrophe des Dritten Reiches und der Zweite Weltkrieg eigentlich das Ende von Individualismus und Kapitalismus besiegelt hätten, beklagte er die Restauration des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das Wiedereintrücken konservativer Eliten in Führungspositionen in Staat und Gesellschaft, die Zurückdrängung sozialistischer Initiativen im Kalten Krieg und die Fortdauer autoritärer Strukturen und obrigkeitstaatlichen Denkens. Mit dem Aufkommen einer breit gefächerten Reformbewegung in den 60er Jahren gewann diese Kritik an Gewicht; und nach dem Durchbruch der 68er-Bewegung prägte sie lange Zeit das Gesamtbild der 50er Jahre.

Restauration oder Modernisierung?

Demgegenüber hat Hans-Peter Schwarz im Zusammenhang mit der ersten Gesamtdarstellung der Ära Adenauer betont, „daß die Gesellschaft jener Jahre in viel stärkerem Maß durch ihre modernisierenden, dynamischen, wandelbewirkenden Sektoren oder Faktoren bestimmt wurde als durch traditionelle Elemente, die natürlich noch stark waren, aber eben von Jahr zu Jahr schwächer wurden.“¹ Für Schwarz sind die 50er Jahre „eine Periode aufregender Modernisierung“, deren Intensität mit den Jahrzehnten des „Übergangs zur Industriegesellschaft zwischen der Reichsgründung und dem Ersten Weltkrieg“ vergleichbar ist.²

In der neueren Literatur wird der Gegensatz von Restauration und Modernisierung in kulturgeschichtlicher Perspektive aufgebrochen. Die weitgehende Beibehaltung der alten Funktionseliten und der nachsichtige Umgang mit den zahlreichen „Mitläufern“ wird nicht mehr nur als Belastungsfaktor, sondern auch als Voraussetzung für die erfolgreiche Demokratisierung und Verwestlichung der Bundesrepublik thematisiert.³ Sehr pointiert hat Hermann Lübke die „gewisse Stille“ – den diskreten Umgang mit individueller Verstrickung bei gleichzeitiger Pauschaldis-

Erfolgsbedingungen der „Verwestlichung“

¹ Hans-Peter Schwarz, Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllman (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3, Wuppertal 1984, S. 278-293, hier S. 283.

² Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 382.

³ Vgl. u.a. Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt/M./New York 1998; Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1999.

tanzierung vom Dritten Reich – als „das sozialpsychologisch und politisch nötige Medium der Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland“ bezeichnet.⁴

So notwendig die Integration der in ihrer Mehrheit nationalsozialistisch vorbelasteten Bevölkerung in das politische System der Bundesrepublik gewesen sein mag, so erklärungsbedürftig erscheint es, dass aus der personell belasteten „Mittläuferdemokratie“ innerhalb weniger Jahre eine – auch hinsichtlich ihrer mentalen Verankerung – stabile Demokratie westlichen Zuschnitts wurde.

Die in den 50er Jahren zunehmende Akzeptanz des westlichen Demokratie-Modells ist nur vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung zu verstehen.

In diesem Kapitel soll skizziert werden

- wie die Umstände des „Wirtschaftswunders“ ausgesehen haben
- wie das „Wirtschaftswunder“ zu erklären ist
- und zu welchen Resultaten es geführt hat.

Wenn diese Fragen beantwortet sind, kann dann auch das Verhältnis von Restauration und Modernisierung näher bestimmt werden.

Daten

1949	15.09.	Wahl Adenauers zum Bundeskanzler
1950	08.01.	Gründung des BHE
1951	10.04.	Montan-Mitbestimmung verabschiedet
1952	16.05.	Lastenausgleichsgesetz verabschiedet
	10.09.	Wiedergutmachungsabkommen mit Israel
1953	27.02.	Unterzeichnung des Londoner Schuldenabkommens
	06.09.	Wahlen zum 2. Bundestag
		Zweidrittel-Mehrheit für Regierungskoalition
1955	16.10.	BHE scheidet aus Regierungskoalition aus
	30.10.	Gründung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGB)
1956	23.02.	Spaltung der FDP-Fraktion
1957	22.01.	Einführung der "dynamischen Rente"
	01.04.	Einberufung der ersten Wehrpflichtigen
	15.09.	Wahlen zum 3. Bundestag
		Absolute Mehrheit für CDU/ CSU
1958	19.04.	Kundgebungen der Aktion "Kampf dem Atomtod"
	19.-23.05.	Stuttgarter Parteitag der SPD
1959	07.04.	Adenauer Kandidat für Bundespräsidentenamt
	05.06.	Adenauer zieht Kandidatur zurück
	15.10.	"Godesberger Programm" der SPD verabschiedet

⁴ Hermann Lübke, Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart, in: Martin Broszat u.a. (Hrsg.), Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin, Berlin 1983, S. 329 – 349, hier S. 334.

1961	17.09.	Wahlen zum 4. Bundestag CDU/ CSU verliert absolute Mehrheit
1963	15.10.	Rücktritt Adenauers Ludwig Erhard neuer Bundeskanzler

7.1 Prekäre Anfänge

Dass die Bundesrepublik Deutschland bald einen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen und eine stabile demokratische Ordnung gewinnen würde, war bei ihrer Gründung keineswegs sicher. Die Zeitgenossen nahmen sie zunächst als ein denkbar prekäres Gebilde wahr – voller ökonomischer und sozialer Probleme, mit einem ungeklärten Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit und unsicherer außenpolitischer Zukunft. Ob das Provisorium Bundesrepublik den nötigen inneren Konsens finden würde und – was eng damit zusammenhing – in der Lage war, mit den vielen Herausforderungen fertig zu werden, erschien vielen ungewiss.

Trotz erster Erfolge der Währungsreform traten bald ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten auf. Produktionsengpässe führten im Winter 1949/50 zu einem Rückgang der industriellen Produktion und weiterem Ansteigen der ohnehin hohen strukturellen Arbeitslosigkeit. Der Index der Industrieproduktion sank von 104 im November 1949 auf 93 im Januar 1950. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenquote von 8,8 % im September 1949 auf 13,5 % im Februar 1950; nahezu 2 Millionen Männer und Frauen waren jetzt ohne Arbeit. Entsprechend düster sahen die allgemeinen sozialen Verhältnisse aus:

Gründungskrise

Noch immer herrschte größte Wohnungsnot. Selbst fünf Jahre nach Kriegsende hatte sich, sieht man einmal von allgemeinen Aufräumarbeiten sowie Hilfs- und Reparaturmaßnahmen ab, am Erscheinungsbild der städtischen Trümmerlandschaften wenig geändert. Auf 16,4 Millionen Haushalte entfielen 1950 nur 10,1 Millionen Wohnungen, von denen der größte Teil noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammte. Der Dichtewert lag mit 1,8 Personen pro Raum weit über dem als normal anzusehenden Standard und lässt bezüglich des "Wohnkomforts" keinerlei Vergleich mit heutigen Gegebenheiten mehr zu. Zwar verbesserte sich die Ernährungssituation gegenüber den ersten Nachkriegsjahren, aber es gab nach wie vor eine Reihe von Engpässen, vor allem in der Energie- und Lebensmittelversorgung. Ein großer Teil der Bevölkerung lebte kärglich, wenngleich Hunger und lebensbedrohliche Unterernährung besiegt waren. Kriegsoffer, Kriegsbehinderte und Versehrte blieben auf öffentliche Hilfe angewiesen. Ungefähr siebzehn Millionen Bundesbürger, etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung, erhielten Sozialhilfe. Die Renten lagen im Durchschnitt unter 100 DM. Der Bruttoverdienst eines Industriearbeiters betrug etwa 1,20 DM pro Stunde, und die Einkommen der Beamten lagen deutlich unter dem Vorkriegsniveau.⁵

Kärgliche Verhältnisse

Unter den Vertriebenen und Flüchtlingen – zusammen immerhin 9,5 Millionen von 47,6 Millionen Gesamtbevölkerung – war die Arbeitslosigkeit dreimal so hoch wie im Durchschnitt der einheimischen Bevölkerung. Rund die Hälfte der Bevölkerung war ganz oder teilweise von Sozialleistungen abhängig; dabei belief

⁵ Adolf M. Birke, Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961, Berlin 1989, S. 346.

sich das Realeinkommen der Unterstützungsempfänger nur noch auf etwa die Hälfte des Vorkriegsstandes. Die Altersrenten für Arbeiter und Angestellte lagen deutlich unter dem Existenzminimum.

Politik des knappen Geldes

Der soziale Konfliktstoff, der sich hier ansammelte, wurde noch dadurch verschärft, dass Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard im Einklang mit der Bank Deutscher Länder (der späteren Bundesbank) für eine restriktive Geldpolitik sorgte, die das Lohnniveau bewusst niedrig hielt und eine Fortdauer der Arbeitslosigkeit in Kauf nahm. Damit erleichterte er zwar selbst finanzierte Investitionen, verbesserte die internationale Konkurrenzfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft, zwang sie durch die Drosselung des Binnenkonsums geradezu zur Forcierung des Exports und legte damit die Grundlagen für eine starke Weltmarktposition, die langfristig einem stabilen Wirtschaftswachstum nur zugute kommen konnte. Er forderte aber gleichzeitig den Bundesbürgern ein hohes Maß an Geduld ab, das umso schwerer aufzubringen war, als den Kapitaleigentümern zum Zwecke der Investitionsförderung eine Reihe von steuerlichen Vergünstigungen eingeräumt wurden und ihr Anteil an dem anvisierten allgemeinen Aufschwung sogleich zu sehen war.

Autoritäre Traditionen

Das Konfliktpotential, das sich hier auftürmte, schien umso bedrohlicher, als die Bevölkerung noch kaum Gelegenheit gehabt hatte, demokratische Spielregeln einzuüben. Autoritäre Herrschaftsstrukturen und Politikformen, die sich in einer langen Kontinuität vom Kaiserreich bis zur Besatzungsherrschaft behauptet hatten, prägten immer noch das Verhalten, zivile Tugenden waren wenig entwickelt, und der neuen parlamentarisch-republikanischen Staatsform stand die Mehrheit der Bevölkerung zwar nicht feindlich, aber doch immer noch ziemlich distanziert gegenüber.

Im Bildungsbürgertum wurden – in dünnlicher Abwehr der amerikanischen Populärkultur – die Werte des „christlichen Abendlandes“ hochgehalten. In der Tradition des nationalen Konservatismus distanzierte man sich vom Nationalsozialismus, der als Auswuchs der modernen Massengesellschaft aufgefasst wurde, und sah vor allem im Kommunismus eine erneute und akute Bedrohung der abendländischen Kultur. Der antitotalitäre Konsens war somit keinesfalls gleichbedeutend mit einer Verinnerlichung säkularer liberal-demokratischer Werte. Die Hinwendung zum Westen wurde überwiegend als Parteinahme im Kalten Krieg in Fortsetzung der früheren antibolschewistischen Frontstellung verstanden, die die früheren politischen Optionen im nachhinein rechtfertigte. Eine bewusste Abkehr vom antiwestlichen „Sonderweg“ der Deutschen war damit in der Regel nicht verbunden.

Traditionelle Sozialmilieus

Die traditionellen weltanschaulichen und sozialen Milieus, die der Kompromissfindung und der Übernahme von Verantwortung für die Gesamtgesellschaft in der Vergangenheit oft im Wege gestanden hatten, waren noch sehr virulent. Die SPD begriff sich überwiegend als eine Klassenpartei mit antibürgerlicher und mehr noch antiklerikaler Frontstellung. Katholische Kirche und Politischer Katholizismus drängten die Bundesregierung im Bewusstsein ihrer durch die Trennung vom Osten gewachsenen Stellung, die öffentliche Ordnung stärker nach ihren Vorstellungen zu gestalten (Ausweitung der Konfessionsschulen, Verschärfung des Scheidungsrechts, Eindämmung „unsittlicher“ Einflüsse in der Kunst und in den Medien). Das nationale Milieu konnte noch einen ansehnlichen Wähleranteil für sich mobilisieren: In den Bundestagswahlen von 1949 erhielt die FDP 11,9 %, die

Deutsche Partei (DP) 4,0 % (gegenüber 31,0 % für CDU/CSU und 29,2 % für die SPD).

Eine weitere Segmentierung der westdeutschen Gesellschaft bahnte sich an, als nach der Freigabe der Parteilizenzen 1950 der „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) gebildet wurde. Von Politikern geführt, die zumeist eine eindeutige, wenn auch nicht spektakuläre NS-Vergangenheit hatten, gewann diese Interessenpartei mittelständischer und bäuerlicher Vertriebenen in den ersten Landtagswahlen in Schleswig-Holstein auf Anhieb 23,4 % der Stimmen, mehr als die CDU. In Bayern kam sie auf 12,3 %, in Niedersachsen auf 14,9 %. Insgesamt gelang es ihr, bis zur Hälfte aller Vertriebenenstimmen auf sich zu vereinen; das waren im Durchschnitt der Landtagswahlen 1950-53 12 % der Wählerstimmen. In mehreren Bundesländern wurden sie für die Regierungsbildung unentbehrlich.

Vertriebenenpartei BHE

Nahezu unverdeckt in die Traditionslinie des Nationalsozialismus stellte sich die „Sozialistische Reichspartei“ um Otto Ernst Remer, die die Bundesrepublik als illegitimen Staat von westalliierten Gnaden bekämpfte und die Vollendung der „nationalsozialistischen Revolution“ forderte. Nationalismus, Antibolschewismus und Verunglimpfung der westlichen Demokratien prägten ihr Profil; und es fehlte auch nicht an antisemitischen Tönen. Damit erreichte sie insbesondere in den norddeutschen protestantischen Regionen, in denen schon der BHE den stärksten Anklang gefunden hatte, beachtliche Wahlerfolge. In Bremen kam sie 1951 auf 7,7 % der Stimmen, in Niedersachsen sogar auf 11 %.

Rechtsextreme SRP

An Rhein und Ruhr gelang es ehemaligen Nationalsozialisten in beachtlicher Zahl, in höhere Parteiämter der FDP aufzusteigen. Werner Naumann, ein ehemaliger Staatssekretär aus dem Reichspropagandaministerium, konnte längere Zeit starken Einfluss auf die Partei ausüben und damit ihr ohnehin schon stark ausgeprägtes „nationales“ Profil noch verschärfen.

Nationalsozialisten in FDP

Angesichts der noch immer weit verbreiteten Sympathie für die – vermeintlich richtigen, bloß schlecht umgesetzten – Ziele des Nationalsozialismus bemühte sich die erste Bundesregierung darum, ehemalige NS-Anhänger für die Demokratie zu gewinnen. In seiner ersten Regierungserklärung vor dem Bundestag am 20. September 1949 erhob Bundeskanzler Adenauer die Rehabilitierung ehemaliger Nationalsozialisten zum offiziellen Ziel seiner bürgerlichen Koalitionsregierung: Durch die Denazifizierung ist viel Unglück und viel Unheil angerichtet worden. Die wirklich Schuldigen an den Verbrechen, die in der nationalsozialistischen Zeit und im Kriege begangen worden sind, sollen mit aller Strenge bestraft werden. Aber im übrigen dürfen wir nicht mehr zwei Klassen von Menschen in Deutschland unterscheiden: die politisch Einwandfreien und die Nichteinwandfreien. Diese Unterscheidung muß baldigst verschwinden. Der Krieg und auch die Wirren der Nachkriegszeit haben eine so harte Prüfung für viele gebracht und solche Versuchungen, daß man für manche Verfehlungen und Vergehen Verständnis aufbringen muß. Es wird daher die Frage einer Amnestie von der Bundesregierung geprüft werden, und es wird weiter die Frage geprüft werden, auch bei den Hohen Kommissaren dahin vorstellig zu werden, daß entsprechend für von alliierten Militärgerichten verhängte Strafen Amnestie gewährt wird.⁶

Integration ehemaliger Nationalsozialisten

⁶ Zitiert nach Schildt, *Ankunft im Westen*, S. 117.